

Ingrid Breckner

Neue Stiftungen und Stadtentwicklung: Konzepte und Handlungsfelder am Beispiel der Kontrastfiguren ‚Bürgerstiftung‘ und ‚Lebendige Stadt‘

Zusammenfassung: Der Beitrag „Neue Stiftungen und Stadtentwicklung“ befasst sich exemplarisch mit zwei Stiftungstypen, die auf je unterschiedliche Weise das aktuelle Geschehen der Stadtentwicklung zu ihrem Handlungsgegenstand machen: Während die seit den 1990er Jahren in Ost- und Westdeutschland in unterschiedlichen Stadttypen sich verbreitenden Bürgerstiftungen als zivilgesellschaftliche Akteure am städtischen Gemeinwohl arbeiten, thematisiert die im Kontext des Otto-Versandes und der mit ihm verbundenen Projektentwicklungsgesellschaft ECE entstandene Stiftung „Lebendige Stadt“ urbane Öffentlichkeit durch Events, Veröffentlichungen und Kongresse. In dem Beitrag werden zunächst räumliche Dimensionen von Stiftungsaktivitäten in einem allgemeinen historischen Rückblick skizziert, anschließend die Handlungskonzepte der ausgewählten neuen Stiftungstypen diskutiert und abschließend offene Forschungsfragen im Themenfeld ‚Stiftungen und Stadtentwicklung‘ herausgearbeitet.

Der globale neoliberale Strukturwandel stellt insbesondere Städte, in denen sich ökonomische, politische und sozialkulturelle Veränderungen einer Gesellschaft wie in einem Brennglas bündeln, vor wachsende Herausforderungen: Die Fokussierung wirtschaftlichen Handelns auf kurzfristige Renditen im Interesse von shareholders geht Hand in Hand mit der Erosion und Entwertung langfristiger Verantwortlichkeit für soziale und kulturelle Lebensbedingungen in städtischen Räumen. Konkurrenz um Standorte, Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven begünstigt Individualisierung im Alltagsleben sowie ressortspezifische Handlungslogiken von Institutionen, deren Zukunftsfähigkeit sich erst noch erweisen muss. Eine zunehmende Entsolidarisierung durch physische, psychische, soziale und kulturelle Abgrenzungen schränkt die Spielräume für kollektive und demokratische Lösungen urbaner Konflikte ein. Die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte hinterlässt in städtischen Lebenswelten zunehmend sichtbare Spuren: Schnäppchenmärkte, Schließungen von Schulen, Bädern und sozialen Einrichtungen, ungepflegte Grünflächen, triste Plätze, vernachlässigte Bausubstanz, holprige Straßen und Wege, Bettler und Obdachlose offenbaren die klaffenden Lücken des ehemals investitionsfähigen Wohlfahrtsstaates. Kompensation aktueller städtischer Krisen wird durch wirtschaftliches und soziales Engagement der Akteure des Marktes und der zivilen Gesellschaft angestrebt. Solche Absichten verfolgen auch die im Folgenden beispielhaft analy-

sierten Stiftungstypen mit engerem oder weiterem Aktionsradius. Zu fragen ist, ob und wie diese Stiftungen ihr Engagement konzeptionell auf Stadtentwicklung ausrichten und welche Wirkungen ihre räumliche Praxis kurz- bzw. längerfristig unter jeweils besonderen Rahmenbedingungen entfalten kann.

1. Räumliche Dimensionen von Stiftungsaktivitäten

Bereits seit dem Mittelalter investieren Menschen Zeit und/oder Geld in die Versorgung von Armen und Obdachlosen, in Projekte für Kinder, Jugendliche oder Pflegebedürftige, in die Erhaltung baulicher Denkmäler und öffentlicher Grünanlagen oder in die Unterstützung kultureller Einrichtungen. Solches Engagement im städtischen Alltag findet individuell und in kleinen Gruppen statt oder in organisierten Formen der Förderung von Projekten durch unterschiedliche Stiftungen. Während zunächst nur Kirchen berechtigt waren, Stiftungsgelder entgegenzunehmen, eröffnete der Staat erstmals im 17. Jahrhundert mit dem ersten weltlichen Stiftungsgesetz aus dem Jahr 1601 in England die Möglichkeit „auch andere Wohlfahrtsorganisationen außerhalb der Kirche testamentarisch zu bedenken“ (Flitner 2006: 68). Seither ist zu beobachten, dass Stiftungen stets eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Leben einnehmen konnten, wenn der Staat als „Daseinsvorsorger“ an Grenzen seiner Leistungsfähigkeit geriet. Derzeit wird im Bundesfinanzministerium z.B. fieberhaft an einer Reform des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts gearbeitet, um Stiftungen auch in Zukunft attraktive Handlungsspielräume zu ermöglichen (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15.12.2006). Auch Regionen mit einer liberalen Staatsverfassung zeichnen sich durch überdurchschnittliches zivilgesellschaftliches Engagement in Stiftungen aus: Sie werden hier nicht gefürchtet, sondern sogar ermutigt und zu integrieren versucht. In Hamburg vermerkte das Stiftungsverzeichnis, das es für alle Bundesländer gibt (vgl. www.kulturportal-deutschland.de), z.B. Anfang Januar 2005 die stattliche Zahl von 875 Stiftungen (ohne Familienstiftungen). Totalitäre Staaten erwiesen sich hingegen im geschichtlichen Rückblick – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – gegenüber Stiftungsaktivitäten als eher restriktiv. In Ostdeutschland zeigt sich dies in einer Wiederbelebung des Stiftungswesens in den 1990er Jahren (vgl. Hasenbeck 2006; www.bürgerstiftung.de).

Stiftungsaktivitäten hinterlassen in städtischen Räumen mehr oder minder sichtbare Spuren, sobald sie die Lebensbedingungen ausgewählter Zielgruppen oder der gesamten Stadtbevölkerung beeinflussen. Stiftungen können beispielsweise

- durch die Überlassung, Unterstützung des Erhalts oder Bereitstellung von Immobilien Orte für spezifische soziale Aktivitäten schaffen (z.B. Wohnstifte, Kranken- und Pflegeeinrichtungen, oder Veranstaltungsräume),

- räumliche Lebensbedingungen durch künstlerische oder materielle Interventionen verbessern (z.B. Beleuchtung öffentlicher Räume oder wichtiger Gebäude, Bereitstellung von Sitzgelegenheiten oder Spielgeräten),
- mittels Projekten für hilfsbedürftige Bevölkerungsgruppen zu deren gesellschaftlicher Integration beitragen (z.B. in Schulen, Kinder- oder Jugendeinrichtungen sowie Einrichtungen für Behinderte),
- mit Stipendien und Förderungsstrategien für Veranstaltungen zur Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens beitragen usw.

Ein genauerer Blick auf Stiftungszwecke zeigt, dass räumliche Aspekte nur selten explizit benannt werden. Soziales und kulturelles Engagement stehen im Vordergrund, weil sie in der Beurteilung einer steuerlichen Förderungsfähigkeit am einfachsten als gemeinnützig anerkannt werden. Bei expliziter Ausrichtung von Stiftungen auf eine Verbesserung städtischer Lebensbedingungen überschneiden sich ihre Handlungsfelder teilweise mit solchen des Staates oder privatwirtschaftlicher Akteure. In solchen Fällen könnten letztere Stiftungen vergleichbare Steuerbegünstigungen einfordern und staatliche Institutionen müssten sich mit denkbaren inhaltlichen Interventionen von Stiftungen in ihre hoheitlichen oder freiwilligen Aufgaben auseinandersetzen. Vor diesem Hintergrund wurden im Bundesgebiet in der Vergangenheit Stiftungszwecke oftmals eingegrenzt, wodurch eine längerfristige stadtwirtschaftspolitische Verwendung von Stiftungsmitteln Schwierigkeiten bereiten kann. Die Krise der öffentlichen Haushalte zwingt staatliche Akteure seit der jüngsten Vergangenheit zu einer Öffnung für private Kooperationen (vgl. Heider 2003; Gerstlberger/Schmittel 2004). In diesem Prozess erlangen Stiftungen auch im Bereich der Stadtentwicklung neben der Zusammenarbeit mit Akteuren der Privatwirtschaft eine wachsende Bedeutung. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, Aktivitäten von Stiftungen in städtischen Räumen einer genaueren Analyse zu unterziehen, um ihre Wirkungspotenziale im Bereich der Stadtentwicklung beurteilen und ggf. steuern zu können.

Aufgrund fehlender systematischer Forschung zu den Einflüssen von Stiftungen auf die Entwicklung städtischer bzw. ländlicher Räume konzentriert sich die analytische Aufmerksamkeit im folgenden explorativen Beitrag auf zwei ausgewählte Stiftungstypen, die in der jüngeren Vergangenheit mit ihren Aktivitäten – zum einen aus zivilgesellschaftlichen Motiven, zum anderen aus einer privatwirtschaftlichen Perspektive – ausdrücklich auf städtische Lebensbedingungen Bezug nehmen. Dabei können keine verallgemeinerbaren Ergebnisse zum Themenkomplex ‚Stiftungen und Stadtentwicklung‘ erarbeitet, sondern allenfalls Forschungsfragen entwickelt werden, denen es sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der abendländischen Stadtentwicklung in Zukunft nachzugehen lohnt.

2. Bürgerstiftungen als Akteure in der lokalen Zivilgesellschaft

Weit über die gesetzlich verankerte Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren hinausgehend, engagieren sich in der Bundesrepublik schon seit geraumer Zeit Bürgerstiftungen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten für Verbesserungen der Lebensverhältnisse in ihrem jeweiligen lokalen Wirkungsfeld. Dieser neue Stiftungstypus knüpft gedanklich an dem tradierten Modell der bürgerlichen Stadt an, das Bürgern neben ihren privaten Verpflichtungen auch die öffentliche Aufgabe einer Unterstützung des Gemeinwohls nach je verfügbaren sozialen, wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Ressourcen zuweist (vgl. Rüttgers/Schwarz 2004; Nährlich et al. 2005). Mit Ausnahme des angelsächsischen Kultur-Raumes, in dem bürgerschaftliches Engagement durch das geltende pragmatistisch-patriotische Verständnis gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse eine hohe Anerkennung genießt und eine unabdingbare Notwendigkeit darstellt, schien dieser Sachverhalt andernorts im wachsenden Wohlstand der Nachkriegszeit allmählich in Vergessenheit geraten zu sein. Der erfolgreiche bürgerschaftliche politische Protest in den ehemaligen staatssozialistischen Gesellschaften Europas hat die Erinnerung an die Wirkmächtigkeit aktiver Bürger wachgerufen. In abendländischen Gesellschaften zeigt sich solches soziales Kapital in Diskursen, Konzepten und Handlungsansätzen zivilgesellschaftlichen Engagements vor allem in städtischen Kontexten.

Initiatoren von Bürgerstiftungen appellieren an Bewohnerinnen und Bewohner in Anlehnung an John F. Kennedy mit dem Motto: „Frage nicht, was Deine Stadt für Dich tun kann, sondern frage, was Du für Deine Stadt tun kannst“ (Wolf 1999: 241). Dieser Appell trug seit Mitte der 90er Jahre schon in vielen deutschen Städten Früchte. Als unabhängige und gemeinnützige Organisationen fördern Bürgerstiftungen soziales, kulturelles oder ökologisches Handeln in einem räumlich begrenzten Umfeld. Bürger stiften für Bürger Geld, Zeit, Ideen, Wissen, Aufmerksamkeit oder Ortskunde mit dem Ziel, das Gemeinwesen verantwortlich mit zu gestalten. Dabei stehen nicht allein kurzfristige Veränderungen der Stadtentwicklung im Blickfeld. Mittel- oder längerfristige Interventionen erfolgen in der Regel in Form der Förderung von Projekten, für deren Verwirklichung Bürgerstiftungen die notwendigen Mittel einsammeln. Auch wenn das Konzept der Bürgerstiftung in der Bundesrepublik noch nicht dieselbe rasante Verbreitung gefunden hat wie in den USA, wo in den letzten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts mehr als 500 so genannte ‚Community Foundations‘ entstanden sind (vgl. Wolf 1999: 242), gewinnt dieses Modell seit Mitte der 90er Jahre in der deutschen Stiftungslandschaft immer deutlichere Konturen. Neben Großstädten wie Berlin, Dresden, Hamburg, München und Hannover hatten sich Bürgerstiftungen bis

Ende der 90er Jahre auch in Mittel- und Kleinstädten wie Fürstfeldbruck, Gütersloh, Hertel, Kassel, Mannheim, Quakenbrück, Schwäbisch Gmünd, Steingaden, Stormarn, Ulm oder Wismar etabliert (vgl. Wolf 1999: 244). Weitere Gründungen und Gründungsinitiativen sind inzwischen hinzugekommen (vgl. Walkenhorst 2005). Sie unterscheiden sich – je nach Struktur des jeweils unterstützten Gemeinwesens – in den konkreten Themen und Handlungsansätzen sowie in ihrer Vermögensausstattung. Gemeinsam ist ihnen das Anliegen der Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements für die städtische Entwicklung in Unabhängigkeit von staatlichen und wirtschaftlichen Machtstrukturen und unter Wahrung von Transparenz bei Förderungsentscheidungen.

Interessant am Konzept der Bürgerstiftung ist die aktive Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung städtischer Entwicklung. Sie agieren nicht nur mittelbar als mehr oder weniger potente Geldgeber, sondern gestalten städtische Lebenswelten unmittelbar durch „tätiges Leben“ (Arendt) im Interesse des Gemeinwohls: Sie setzen sich mit ihrem räumlichen Handlungsfeld auseinander, analysieren dessen Struktur und Entwicklungsprozesse und leiten daraus ihre Themen und Handlungsziele ab. Je mehr unterschiedliche Bürger sich an den Aktivitäten einer Bürgerstiftung vor Ort beteiligen, je breiter wird das Spektrum ihrer Aktivitäten und Gestaltungsoptionen im gewählten Wirkungsraum. Bürgerstiftungen sind notwendigerweise Orte der Kommunikation zwischen engagierten Fachleuten und Laien. Sie setzen sich mehr oder weniger urbanen Konflikten aus und suchen nach Lösungen, die sie mit ihren Ressourcen verwirklichen können.

Das Stiftungsvermögen der Bürgerstiftungen in Deutschland erreichte am Ende des Jahres 2003 die Schwelle von 25 Millionen Euro (vgl. www.buergerstiftung.de/downloads). Zu den kapitalkräftigsten Stiftungen gehörten vorwiegend ältere Gründungen und solche in Städten mit einer ausgeprägten Stiftungstradition, in denen sich auch wohlhabende Bürger an diesem kollektiven Stiftungsmodell beteiligen. Die „Initiative Bürgerstiftungen“ ermittelte im März 2004 unter den deutschen Bürgerstiftungen folgende sechs mit dem größten Vermögen (Gründungsjahr jeweils in Klammern): Gütersloh (1996), Hamburg (1999), Paderborn (2003), Dortmund (2000), Kassel (1999) und Hannover (1997) (vgl. www.buergerstiftung.de/downloads). Die Erträge aus Spenden, Zustiftungen Dritter und Zinsen aus dem Stiftungsvermögen addierten sich Ende März 2004 auf knapp 3,5 Mio. Euro, von denen 65% auf Spenden, 22% auf Zustiftungen und 13% auf Vermögenszinsen entfielen. Daran wird deutlich, dass das unmittelbare Stiftungskapital bei den Bürgerstiftungen in der Anfangsphase keine so zentrale Rolle spielt wie bei traditionellen Stiftungen. Vielmehr geht es um die Mobilisierung zusätzlicher materieller und immaterieller Zuwendungen für den Stiftungszweck, was bereits bei einem vergleichsweise kleinen Ertrag aus dem Stiftungsvermögen relativ schnell erfolgreich bewerkstelligt werden kann. Lernprozesse in der deut-

schen Gründungsbewegung von Bürgerstiftungen wurden durch das „Handbuch Bürgerstiftungen“ eingeleitet, das aus der Zusammenarbeit im Rahmen des „Transatlantic Community Foundation Network“ (TCFN) hervorgegangen ist (vgl. Schlüter; Walkenhorst 2005: 2).

Das Modell der Bürgerstiftung bietet vielfältige Möglichkeiten einer zivilgesellschaftlichen Ergänzung und Unterstützung von Stadtentwicklungsprozessen durch öffentliche und private Investitionen unter staatlicher Planungshoheit. Inwiefern es den Bürgerstiftungen in Deutschland bisher im Detail gelungen ist, sich als zivilgesellschaftliche Stadtentwickler zu profilieren und durchzusetzen, lässt sich aufgrund der vergleichsweise kurzen Wirkungsgeschichte noch nicht angemessen beurteilen. Wichtig wären systematische empirische Fallstudien zu den inhaltlichen Aktivitäten und Arbeitsergebnissen von Bürgerstiftungen im Bereich Stadtentwicklung in denjenigen Gebieten, in denen sie schon am längsten und am effektivsten tätig sind. Dabei wäre auch zu prüfen, wie sich die jeweilige Zusammensetzung der aktiven Stifter auf die Förderung von Maßnahmen auswirkt. Genauer wäre zu fragen, inwiefern größere Stiftungsbeträge auch mit mehr Macht und Einfluss in Entscheidungsprozessen verknüpft sind. Auf einer solchen Grundlage ließen sich strategische Konzepte für eine Optimierung der Zusammenarbeit von Bürgerstiftungen mit privatwirtschaftlichen und staatlichen Institutionen im Dienste einer für alle Bürger zukunftsfähigen Stadtentwicklung entwickeln und umsetzen. Diesen Fragen wird im Folgenden anhand eines Stiftungstypus nachgegangen, dessen Aufgabenbereich explizit auf Aspekte der Stadtentwicklung ausgerichtet ist und zur kritischen Reflexion der direkten und indirekten Wirkungsmacht beteiligter Akteure herausfordert.

3. Die Hamburger Stiftung ‚Lebendige Stadt‘

Die Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ weist einige Gemeinsamkeiten und deutliche Unterschiede zum Typus der Bürgerstiftungen auf. Gemeinsam ist beiden Stiftungstypen die formal anerkannte Gemeinnützigkeit, die Förderung der Städte durch kulturelle Stadtgestaltung als Stiftungszweck, der zweckorientierte Einsatz des Zinserlöses aus dem Stiftungsvermögen für die Mobilisierung von Zustiftungen, die Förderung von Projekten sowie die Ergänzung finanzieller Projektförderung durch Wissen, soziale Netzwerke und Öffentlichkeitsarbeit. Anders als bei Bürgerstiftungen ist in der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘

- der Kreis beteiligter Akteure,
- die Höhe des Stiftungsvermögens,
- der weitgehende Verzicht auf eine ausdifferenzierte inhaltliche Programmatik,

- die Besetzung und Funktion der Stiftungsorgane und
- der angestrebte Wirkungsradius.

Bürger spielen in der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ keine zentrale Rolle und sind in den Organen der Stiftung konsequenterweise auch nicht in ihrer bürgerschaftlichen Funktion vertreten. Diese Stiftung geht zurück auf das klassische Engagement eines wohlhabenden Stifters. Alexander Otto, geschäftsführender Vorsitzender der ECE Projektmanagement – eine einflussreiche Entwicklungs- und Betreibergesellschaft für innerstädtische Einkaufszentren in Deutschland und Europa – stellte nach dem Vorbild anderer Familienmitglieder 5 Mio. Euro aus seinem Vermögen für ein Experiment zur Förderung lebendiger Städte zur Verfügung. Wie Bürgerstiftungen benutzt die Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ ihr Vermögen als Basis zur Einwerbung von steuerlich absetzbaren Geldspenden sowie anderer sachlicher und fachlicher Unterstützung. Die Stiftung zielt darauf ab, die Umsetzung innovativer Konzepte für die Gestaltung von Innenstädten zu unterstützen. Die Förderung des Einzelhandels wird dabei – aus Gründen der Abgrenzung zum wirtschaftlichen Handlungsfeld des Stifters – zumindest formal ausdrücklich ausgeklammert. Die Stiftung agiert bundesweit an herausragenden Orten und strebt mit ihren Aktivitäten eine emotionale Anregung lokaler Entscheidungsträger für kreative Problemlösungen an. Thematische Handlungsfelder werden entweder in den Organen der Stiftung ausgewählt oder von lokalen Akteuren vorgeschlagen. Ihr Spektrum reichte bisher von der Illumination besonderer Orte, über die Gestaltung von Plätzen und Grünräumen bis hin zu innerstädtischem Wohnen und Sicherheit. Als Handlungsformen dienen außergewöhnliche Projekte, runde Tische und Vereinsgründungen vor Ort, Symposien, lokale Events, ein Stiftungspreis und Öffentlichkeitsarbeit mittels Publikationen (z.B. Bücher, das regelmäßige Journal ‚Lebendige Stadt‘, Internet-Präsenz und gezielte Zusammenarbeit mit Medien). Die Stiftung versucht Kooperationen sachkompetenter und finanzstarker Akteure nach dem Ideal von Win – Win – Beziehungen zu organisieren. Die in Hamburg mit Unterstützung der Stiftung verwirklichte Beleuchtung der Speicherstadt oder die Umgestaltung des Jungfernstieges zeigen beispielhaft, für welche Projekttypen sich die Stiftung interessiert.

Betrachtet man die Organe der Stiftung etwas genauer, so fiel bis Dezember 2004 eine prominente Stellung von Mitgliedern der ECE im Stiftungsrat, im Kuratorium und im Vorstand der Stiftung auf. Sie hatten in allen Gremien den Vorsitz inne. Neuerdings haben Mitglieder der ECE – nach Auskunft eines aktiven Mitgliedes – im Kuratorium und im Vorstand nicht mehr die Mehrheit. Im Stiftungsrat, der die Grundsätze der Stiftung entwickelt, waren im Jahr 2004 außer Mitgliedern der ECE 20 Vertreter aus Politik und Verwaltung, darunter viele Sachverständige für Stadtentwicklung, zehn Vertreter der Privatwirtschaft und drei Repräsentanten aus den Kulturbereichen Medi-

en, Theater und Wissenschaft festzustellen. Das Kuratorium der Stiftung, das unter dem Vorsitz des Stifters über die Mittelverwendung entscheidet, arbeitete im Jahr 2004 mit je fünf Vertretern aus Wirtschaft und Politik unter Verzicht auf kulturelle Fachkompetenz. Für eine Stiftung, die sich kulturelle Stadtgestaltung zum Ziel gesetzt hat, wirft die Unterrepräsentanz von Fachleuten aus dem Kulturbereich in den Gremien der Stiftung zumindest Fragen auf, die durch das Argument einer situativen kostenlosen Beteiligung von Sachverständigen für Kultur an den lokalen Projekten nur bedingt entkräftet werden. Auffällig ist in den Organen der Stiftung auch das Fehlen jeglicher sozialer Fachkompetenz. Dies verwundert angesichts der Tatsache, dass Lebendigkeit, die die Stiftung in Städten fördern will, stets nur durch Menschen als soziale Wesen erzeugt werden kann. Die lebendigsten Städte existieren bekanntlich dort, wo möglichst viele verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Handlungsperspektiven und zeitlichen Präferenzen zusammentreffen, sich frei bewegen und entfalten können. Vor diesem Hintergrund bleibt zu fragen, welche Menschen aus der Perspektive der Stiftung mit den geförderten Projekten zu welchen Tages-, Nacht- und Jahreszeiten angesprochen werden und welche Lebendigkeit sie als Akteure wodurch gestalten und/oder genießen dürfen.

Im Unterschied zu Bürgerstiftungen bleiben die Beziehungen zwischen Geldgebern und Mitwirkenden in der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ weitgehend untransparent. Dasselbe gilt für die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben. Der bewusste Verzicht auf eine inhaltliche Programmatik der Stiftung belässt ihr Konzept von Stadt oder Innenstadt, die sie zum Förderobjekt auserkoren hat, im Dunklen. Vor dem Hintergrund solcher Unklarheiten fällt es kritischen Betrachtern leicht, die Aktivitäten der Stiftung als urbanes Standortmarketing mit verdeckten privaten Interessen zu beurteilen, in dem die Stadt allenfalls als Förderkulisse dient (vgl. Pump-Uhlmann 2006a oder Immobilien Zeitung Nr. 3/2006: 215f.). Die proklamierte Trennung zwischen den wirtschaftlichen Interessen der ECE und Aktivitäten der Stiftung kann angesichts der nach wie vor gut abgesicherten Repräsentanz der ECE in allen Organen der Stiftung durchaus bezweifelt werden. Kritische Beobachter des schillernden Akteursgeflechtes aus stadtpolitischer und stadtwirtschaftlicher Entscheidungsmacht in der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ sehen in der europaweiten Verwirklichung von großen innerstädtischen Einkaufszentren nach dem Modell der ECE Akte struktureller Stadtzerstörung. Sie befürchten eine beschleunigte Erosion der Vielfalt innerstädtischer Nutzungen durch die Instrumentalisierung der Innenstädte für einseitige kommerzielle Interessen und bündeln ihre kritische Sicht auf das Stadtverständnis des Investors, das auf die Stiftung übertragen wird, in der Frage: „Polis oder Mono-Polis?“ (Pump-Uhlmann 2005: 140). Vermisst wird seitens kritischer Beobachter der Entwicklung von Innenstädten vor allem eine wirksame öffentliche Kontrolle kurz- und längerfristiger Folgen großflächiger und monofunktionaler Eingrif-

fe in den urbanen Zentren. Angesichts der zunehmenden Monopolstellung der ECE als Investor und schwindenden Ressourcen der Öffentlichen Hand zur Steuerung städtischer Entwicklungen sehen und artikulieren sie die Gefahr einer zunehmenden Privatisierung öffentlicher urbaner Räume, deren Monostruktur städtischer Lebendigkeit den Boden entzieht und durch Lebendigkeits-Events der Stiftung strukturell nicht kompensiert werden kann. Argumenten dieses Typs entgegen Vertreter der ECE mit einem empirisch nicht systematisch überprüften Verweis auf stützende Funktionen von Einkaufszentren für Einzelhandelsgebiete, in denen Akteure in der Lage sind, sich komplementär auf die Zentren zu beziehen. Es fragt sich nur, warum Makler von Einzelhandelsflächen zunehmend kritisch auf Aktivitäten der ECE reagieren. Betont wird seitens der ECE zudem ihr Bemühen um innerstädtische Standorte, die Gründungen auf der ‚grünen Wiese‘ reduzieren und zur Vermeidung von innerstädtischen Brachen, Abfluss von Kaufkraft und Steuern, langen Einkaufswegen und entsprechendem Verkehr beitragen. Wie eine Belebung der Stadt im Umfeld von Einkaufszentren jenseits des Kaufens und außerhalb der Öffnungszeiten im Sinne der Stiftungsziele aussehen könnte, ist bislang noch nicht ins thematische Blickfeld der Stiftung gerückt. Man weiß zwar, dass Wohnnutzung dazu beiträgt, hat in diesem Feld aber noch keine konkreten Projekte auf den Weg gebracht. Die von der Stiftung beabsichtigte Trennung ihrer Aktivitäten vom Handlungsfeld des Stifters mit der ECE erweist sich gegebenenfalls als Bumerang, sobald die Glaubwürdigkeit der luziden Ziele der Stiftung an der wirtschaftlichen und gemeinwohlorientierten Praxis des Stifters gemessen wird.

Eine genauere Betrachtung von urbanen Konflikten im Umfeld geplanter ECE-Einkaufszentren zeigt, wie leicht der in Bürgerbegehren deklarierte kritische Bürgerwille gegenüber dominanten innerstädtischen Einkaufszentren durch eine unkontrollierte Verquickung vermeintlicher politischer Ohnmacht und wirtschaftlicher Handlungsmacht unter die Räder kommen kann (vgl. Pump-Uhlmann 2006b). Das ECE-Projekt ‚Schlossarkaden‘ in Braunschweig hat Streit in die Stadt gebracht: Braunschweiger Bürger kämpften mit wenig Unterstützung von Fachleuten und Medien in einer Bürgerinitiative gegen das geplante Einkaufszentrum und für den Erhalt des Schlossparks. „Unbehagen kam auf, als bekannt wurde, dass die planerischen Wünsche des Investors durch drei von der Stadt in Auftrag gegebenen und vom Investor(!) vergütete Gutachten in den Bereichen Städtebau, Verkehr und Nutzung bestätigt wurden“ (Pump-Uhlmann 2005: 140). Sie kritisieren die Ignoranz von Politik und Verwaltung gegenüber ihren formulierten Stadtentwicklungszielen und sind enttäuscht darüber, dass solche Projekte mit politischer und administrativer Unterstützung unter Verzicht auf eine Auseinandersetzung mit bürgerschaftlicher und fachlicher Kritik beschleunigt durchgesetzt werden. Trotz finanzieller Engpässe nimmt die Stadt dem Investor noch Verwertungsrisiken durch Anmietung unattraktiver Geschosse für öffentliche Nutzungen ab und

fördert das Projekt angeblich verdeckt mit 35 bis 50 Mio. Euro (vgl. Pump-Uhlmann 2005: 141ff.). Da die Bürger einer Stadt langfristig Fehlentwicklungen monostrukturierter Innenstädte ertragen und letztlich auch mit ihren Steuern finanzieren müssen, erheben sie zu Recht ihre Stimme gegen kurz- bzw. mittelfristige funktionale Logiken der Kapitalverwertung und des politischen Überlebens von Legislaturperioden. Punktuelle Impulse für lebendige Innenstädte durch Licht, Grün, Kommunikation etc., wie sie die Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ erfolgreich zu setzen vermag, können verantwortungsvolle Bürger kaum über ihre Sorgen im Hinblick auf die langfristige Zukunft ihrer öffentlichen Räume hinweg trösten. Von Politik und Verwaltung wünschen sie sich Gehör für ihre Einwände und Offenheit für eine gemeinsame, fachlich unabhängig unterstützte Entwicklung tragfähiger Lösungen städtischer Probleme, in denen private Investoren und private Stiftungen mitwirken, aber nicht unkontrolliert allein oder privilegiert entscheiden dürfen.

Ein Rückblick auf die Aktivitäten der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ zeigt, dass sie mit ihrem handlungsorientierten Konzept durchaus Erfolge in der Anregung kreativer Gestaltungsmöglichkeiten verbuchen kann. Inzwischen kommen viele Städte auf die Stiftung zu und laden sie zur Anregung von Projekten ein. Für Symposien der Stiftung werden prominente Orte wie z.B. das neue Münchner Fußballstadion ausnahmsweise und kostenlos zur Verfügung gestellt. Partner aus der Wirtschaft beteiligen sich mit sachlicher Unterstützung an der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. durch Bereitstellung von Ausstellungsständen oder von Musterkoffern zur Demonstration von Beleuchtungsmöglichkeiten). Verlage drucken Buch-Manuskripte der Stiftung kostenlos. Fachleute spenden kostenlos thematischen Rat. So werden die Geldspenden durch Wissen, Erfahrung und Produkte angereichert und tragen so zu der Entwicklung von Stiftungsprojekten bei. Defizite lässt die Stiftung bei der Einbindung von Bürgern in ihre Aktivitäten erkennen: Die vorwiegend fachlich orientierten öffentlichen Angebote sind eher für interessierte Bürger zugänglich und bieten wenig Anknüpfungspunkte für ein Engagement aus der Perspektive des alltäglichen Stadt-Nutzers. Einen Ausweg aus diesem Dilemma könnten Projekte bieten, in denen auch das soziale Kapital einer Stadt, das in ihren Menschen steckt, zu einem zentralen Thema und integrierten Bestandteil transparent geförderter Projekte wird. Dadurch rückte die Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ näher an ihren Gegenstand und erhalte bürger-schaftliche Legitimation, die den latenten Vorwurf einer verdeckten Legitimierung privatwirtschaftlicher Interessen des Stifters entkräften könnte.

4. Perspektiven kooperativer Stadtentwicklung mit Stiftungen

Die skizzierten Einblicke in Aktivitäten von deutschen ‚Bürgerstiftungen‘ und der Stiftung ‚Lebendige Stadt‘ verweisen auf die Notwendigkeit einer intensiveren wissenschaftlichen Beschäftigung mit Kooperationsbeziehungen zwischen klassischen Akteuren der Stadtentwicklung und Stiftungen als besondere Institutionen mit privatem Engagement in städtischen Räumen. Dabei gilt es, mit unabhängigem Geist und scharfem Verstand hinter die Kulissen eines normativ wohlmeinenden Gutmenschentums zu leuchten und mögliche stadtstrukturelle Effekte unterschiedlicher Spielarten des Stiftens in kurz-, mittel und langfristigen Perspektiven auszuloten. Zu fragen wäre dabei nach Auswirkungen der Formulierung von Stiftungszwecken und der Ausführung von Stiftungsaktivitäten: Was unterstützen welche Typen von Stiftungen ergänzend zu Akteuren des Marktes und des Staates in welchen räumlichen Konstellationen und mit welchen Vorstellungen von städtischen/ländlichen Räumen? In welchen stadträumlichen Kontexten und Handlungsfeldern der Stadtentwicklung erwiesen sich welche Stiftungsaktivitäten in der Vergangenheit inwiefern als schwierig? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen und Kontrollmechanismen sind für ein transparentes und demokratieverträgliches Stiftungswesen erforderlich? Wie können Akteure der Stadtentwicklung mit hoheitlichen Aufgaben ein effektives Stiftungswesen unterstützen, das mehr ist als ein Lückenüber für eigene Handlungsprobleme? Wie können Akteure in Stiftungen und staatliche Gestalter der Handlungsspielräume von Stiftungen für deren räumliche Einflussmöglichkeiten sensibilisiert werden? All diese Fragen spannen ein interessantes Forschungsfeld für eine innovative Stadtforschung der Zukunft auf, die möglichst von verschiedenen Disziplinen im internationalen Vergleich durchgeführt werden sollte.

Literatur

- Flitner, Hugbert (2006): Die Stadt und ihre Bürger – Das Bürgerschaftliche Engagement. In: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.) (2006): Was die Stadt im Innersten zusammenhält. Almanach 2005/2006. Berlin: Druckhaus Berlin-Mitte. S. 67-72.
- Gerstlberger, Wolfgang; Schmittel, Wolfram (2004): Public Private Partnership als neuartiges Regelungsmuster zwischen öffentlicher Hand und Unternehmen. Düsseldorf : Edition der Hans-Böckler-Stiftung 121.
- Hasenbeck, Michael (2006): Von der Vision zur Wirklichkeit. Stadtentwicklung durch bürgerschaftliches Engagement am Beispiel der Max-Zöllner-Stiftung Weimar. In: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.) (2006): Was die Stadt im Innersten zusammenhält. Almanach 2005/2006. Berlin: Druckhaus Berlin-Mitte. S. 73-79.

- Heider, Klaus (2003): Öffentliche und private Akteure im Städtebau: zur Organisation, Aufgabenverteilung und Optimierung städtebaulicher Planung. Bonn : Beiträge zu Städtebau und Bodenordnung; H. 23.
- Immobilien Zeitung Nr. 3/06 vom 19.01.2006. In: Brune, Walter; Junker, Rolf; Pump-Uhlmann, Holger (Hrsg.): Angriff auf die City. Kritische Texte zur Konzeption, Planung und Wirkung von integrierten und nicht-integrierten Shopping-Centern in zentralen Lagen. Düsseldorf:Droste. S. 213-217.
- Nährlich, Stefan; Graf Strachwitz, Rupert; Hinterhuber, Eva Maria; Müller, Karin (Hrsg.) (2005): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden : Bürgergesellschaft und Demokratie, Band 23.
- Pump-Uhlmann, Holger (2005): Braunschweig: Schloss-Verkauf? In: Kähler, Gert; Maasberg, Ute (Hrsg.) (2005): Architektur in Niedersachsen. Hamburg:Junius. S. 138-143.
- Pump-Uhlmann, Holger (2006a): Die Stiftung ‚Lebendige Stadt‘. In: Brune, Walter; Junker, Rolf; Pump-Uhlmann, Holger (Hrsg.): Angriff auf die City. Kritische Texte zur Konzeption, Planung und Wirkung von integrierten und nicht-integrierten Shopping-Centern in zentralen Lagen. Düsseldorf:Droste. S. 167-175.
- Pump-Uhlmann, Holger (2006b): Operation Otto: Die Braunschweiger ‚Schloss Arkaden‘. In: Brune, Walter; Junker, Rolf; Pump-Uhlmann, Holger (Hrsg.): Angriff auf die City. Kritische Texte zur Konzeption, Planung und Wirkung von integrierten und nicht-integrierten Shopping-Centern in zentralen Lagen. Düsseldorf:Droste. S. 147-165.
- Rüttgers, Martin; Schwarz, Michael (2004): "Bürgerstiftungen in Deutschland – Vorbilder für Köln?" Eine empirische Studie zur Gründungsstrategie einer Kölner Bürgerstiftung. Berichte des ISO 71. Köln:ISO.
- Schlüter, Andreas; Walkenhorst, Peter (2005): Einleitung zum „Handbuch Bürgerstiftungen“. www.buergerstiftung.de/download: 29.04.05
- Süddeutsche Zeitung vom 15.12.2006: Reform des Spendenrechts – Steuergeschenke für die Helden des Alltags, Nr. 289, S. 17.
- Walkenhorst, Peter (2005): Bürgerstiftungen als neue Organisationsform gemeinnützigen Engagements. www.buergerstiftung.de/download: 29.04.05
- Wolf, André Christian (1999): Bürgerstiftungen in Deutschland –Neue Impulse für die Stadt? In: Raumplanung Nr. 87, S. 241-247.
- www.buergerstiftung.de
www.kulturportal-deutschland.de
www.stiftungen.hamburg.de